



Beschluss des Unterbezirksvorstands der SPD Dresden vom 9. Oktober 2019:

Chancen für Sachsen nutzen

Die Dresdner SPD begrüßt die Ergebnisse der Sondierungen von CDU, Grünen und SPD im Freistaat Sachsen. Mit den vorliegenden Eckpunkten ist eine gute Grundlage für weitergehende Gespräche gelegt, die im Ergebnis zur Lösung der demokratischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren beitragen können. Auf dieser Basis können konkrete Projekte entwickelt werden, mit denen der gesellschaftliche Zusammenhalt in Sachsen gestärkt wird. In diesem Sinne empfehlen wir dem SPD-Landesvorstand, die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu beschließen.

Viele Herausforderungen der ländlichen Räume – ein gelingender Strukturwandel, die bessere Erreichbarkeit, und der Ausbau der staatlichen Präsenz in der Fläche – müssen in den nächsten Jahren zweifelsohne weiter angegangen werden. Zugleich werben wir als Dresdner SPD dafür, auch die Bedarfe der stark wachsenden Räume nicht aus dem Blick zu verlieren.

Im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen setzen wir uns als Dresdner SPD unter anderem für folgende Themen ein:

- Zur **Schaffung von mietpreisgebundenem Wohnraum** muss die entsprechende Richtlinie über das Jahr 2019 hinaus mindestens für fünf Jahre fortgeschrieben werden. Wir wollen, dass die die Bindungsfristen auf 25 Jahre verlängert und wachsende finanzielle Bedarfe, z.B. durch das neue kooperative Baulandmodell, berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Rahmenbedingungen zur Einführung eines Mietendeckels geschaffen werden.
- Die Kommunen – ob Stadt oder ländlicher Raum – benötigen große finanzielle Unterstützung für den **Ausbau des ÖPNVs**. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf einem attraktiveren Angebot, dass die Menschen durch Qualität, Schnelligkeit und dichte Takte überzeugt.
- Über das längere gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen hinaus müssen alle Beschäftigten in Sachsen den Anspruch auf **bezahlte Bildungsfreistellung** zum Zweck der Aus- und Weiterbildung, aber auch für allgemeine, politische oder gewerkschaftliche Bildung haben. Die Stadt Dresden ist für ihre Beschäftigten auf unsere Initiative hin Vorreiter geworden. Eine allgemeine gesetzliche Regelung wie in 14 anderen Bundesländern ist aber schon lange überfällig.
- Kommunen müssen endlich die Möglichkeit erhalten, bei öffentlichen Ausschreibungen auch Kriterien wie die Tarifbindung, vergabespezifische Mindestlöhne oder soziale/ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck muss die **Novelle des sächsischen Vergabegesetzes** endlich kommen.